

Resolutionsentwürfe

**Resolutionsentwurf Nr. 1 für den
EVP-Kongress am 7. und 8. November 2018 in Helsinki, Finnland, vorgelegt von der TS-
LKD/Litauen**

„Resolution über die Ukraine, Georgien und Moldau“

Vor dem Hintergrund, dass

- a) die EU-Erweiterungspolitik zu den erfolgreichsten Meilensteinen Europas zählt und die Attraktivität des europäischen Modells unter Beweis gestellt hat. Die EU-Erweiterungspolitik diene vielen Nicht-EU-Staaten als treibende Kraft für Reformen und ist nach wie vor eine wichtige Antwort auf die zweifache Herausforderung, Europas globale Rolle zu konsolidieren sowie seine Verantwortung für die Stabilität und Sicherheit des Kontinents zu bekräftigen.
- b) die EVP die EU-Integration immer unterstützt hat und weiterhin nach dem wichtigsten Ziel strebt: ein Europa, das „geeint, frei und in Frieden mit sich selbst“ ist. 2017 wurden beim EVP Kongress in Malta unter anderem zwei strategische Resolutionen verabschiedet: über den „Westbalkan“ und über den „langfristigen Hilfsplan für die Ukraine“, in denen ein klarer strategischer Rahmen für die nächsten Schritte der EU-Integration entworfen wurde.
- c) Stabilität und langfristiger Wohlstand der Länder des Westbalkans wie auch der Region der Östlichen Partnerschaft von grundlegender Bedeutung für die Stabilität und den Wohlstand des gesamten europäischen Kontinents sind. Wie in der Resolution des EVP Kongresses über den Westbalkan von 2017 ausgeführt ist: „Die EU sollte nicht ‚erweiterungsmüde‘ werden, sondern den Integrationsprozess eher beschleunigen und den „Pro-EU-Geist“ in der Westbalkanregion weiter fördern, indem der Wunsch dieser Länder, der EU beizutreten, auf Basis des Grundsatzes der Konditionalität unterstützt wird und auch die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch diese Länder sowie die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen sowie die Fähigkeit der Union, neue Staaten zu integrieren mitberücksichtigt werden.“ Die gleichen Grundsätze sollten für die Ukraine, Georgien und Moldau in Bezug auf die europäische Integration in der Region der Östlichen Partnerschaft gelten.
- d) die Ukraine, ein Land auf dem europäischen Kontinent, unter direktem militärischem und hybridem Angriff seines Nachbarn Russland steht, und ein Teil seines Territoriums illegal von Russland annektiert wurde.
- e) die Entwicklung und Sicherheit der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau, die unmittelbare Nachbarn der EU sind, direkte Auswirkungen auf die EU und auch umfangreichere Folgen für den gesamten europäischen Kontinent haben.

- f) die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Ukraine, in Georgien und in Moldau zu einem entscheidenden Faktor für die Konsolidierung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der weiteren pro-europäischen Entwicklung werden könnten.
- g) Russland seine Anstrengungen fortsetzt und sogar verstärkt, insbesondere durch militärische, wirtschaftliche, politische und hybride Mittel Einfluss auf die Ukraine und andere Länder der Östlichen Partnerschaft ausübt. Es braucht daher europäische Solidarität, Engagement und Unterstützung, um diesen Bedrohungen und antidemokratischen Auswüchsen entgegenzuwirken.
- h) die EVP hinter den Bemühungen der Länder des Westbalkans des Vorjahres steht und das Ziel der EU unterstützt, die Verhandlungen und Beitrittsverfahren auf der Grundlage der Errungenschaften der Beitrittsländer abzuschließen. Das würde Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in die Region bringen und eine Destabilisierung der Region durch Drittländer verhindern.
- i) weitere Fortschritte in der Region der Östlichen Partnerschaft auch durch ein stärkeres Engagement für die Ukraine und andere Länder der Östlichen Partnerschaft, die zur Umsetzung der europäischen Reformen bereit sind, erzielt werden können.
- j) die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf bilaterale und multilaterale Programme hinarbeiten sollten, die humanitäre und wirtschaftliche Hilfe umfassen sowie die Förderung demokratischer Reformen und die Unterstützung der langfristigen außenpolitischen, an einer europäischen und euroatlantischen Integration orientierten Ziele der Ukraine und anderer Länder der Östlichen Partnerschaft.
- k) die EVP im vergangenen Jahr ihre Resolution zum langfristigen Hilfsplan für die Ukraine verabschiedet hat, der auch die Initiative „Marshall-Plan für die Ukraine“ umfasst. Dieser politische Wille der EVP spielte eine entscheidende Rolle bei der Konsolidierung einer Strategie für eine Investitionshilfe für die Ukraine durch den Westen und regte zu weiteren Veränderungen in der Ukraine an.

positioniert sich die EVP wie folgt:

1. Die EVP bekräftigt ihre Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine und wird die illegale Annexion der Krim durch Russland niemals anerkennen.
2. Die EVP bekräftigt ihre eindeutige Unterstützung für eine europäische Perspektive der Länder der Östlichen Partnerschaft, die ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet haben.
3. Die EVP betont, dass der europäische Integrationsprozess eines der erfolgreichsten und mächtigsten EU-Instrumente zur Konsolidierung demokratischer Normen und Grundsätze, zur Schaffung funktionierender Marktwirtschaften und zur Herstellung von Frieden und Stabilität war.

4. Die EVP erinnert mit Nachdruck daran, dass die Europäische Union eine Union von Werten, Normen und Grundsätzen ist und dass die Länder der Östlichen Partnerschaft, wenn sie sich der europäischen Familie anschließen wollen, die europäischen Werte einzuhalten und anzuwenden haben.
5. Die EVP fordert die Länder der Östlichen Partnerschaft auf, keine Maßnahmen zu ergreifen, die die Rechte von Minderheiten verletzen oder schwächen könnten. Sie fordert alle politischen Kräfte in der Ukraine auf, eine ethnisch motivierte Aufhetzung während des Präsidentschaftswahlkampfes zu unterlassen.
6. Die EVP unterstützt weiterhin die Bemühungen der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau, in den durch das Assoziierungsabkommen festgelegten Bereichen Reformen umzusetzen, insbesondere im Kampf gegen Korruption und bei der Stärkung der Demokratie, der Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit.
7. Die EVP fordert die Regierung der Republik Moldau auf, für freie und demokratische Wahlen zu sorgen und einer Verschlechterung der grundlegenden demokratischen Standards in der Republik Moldau in folgenden Bereichen Einhalt zu gebieten: Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen, Unabhängigkeit der Justiz, Medienfreiheit, Einschüchterung von Oppositionsparteien.
8. Die EVP ist der Ansicht, dass die Unterstützung und Zusammenarbeit der EU im Hinblick auf Hilfe für die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau bei den Reformen und damit für die Östliche Partnerschaft auf ihrem Weg in die EU eine der wichtigsten Prioritäten der EU werden sollte.
9. Die EVP fordert alle EU-Mitgliedstaaten auf, mit allen nur möglichen Mitteln der negativen und disruptiven Rolle externer Akteure in der Region der Östlichen Partnerschaft entgegenzuwirken.
10. Die EVP fordert die EU-Institutionen und alle EU-Mitgliedstaaten auf, weiterhin europäische oder nationale Fonds und Projekte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Östlichen Partnerschaft zu unterstützen, um den Versuchen des Kremls, mehr wirtschaftlichen und politischen Einfluss in der EU auszuüben, Einhalt zu gebieten.
11. Die EVP bekräftigt, dass die Perspektive der zukünftigen EU-Erweiterung auf die Länder der Östlichen Partnerschaft von der Umsetzung entsprechender europäischer Reformen abhängt, die eine wesentliche Voraussetzung dafür sind, dass diese Länder erfolgreich und stabil werden und zur Erweiterung eines Raums der gegenseitigen Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen können.
12. Die EVP betont, dass die EU und ihre Partner eine gemeinsame langfristige Strategie gegenüber Russland entwickeln müssen, die zu gegebener Zeit Russland selbst zugutekommen würde.
13. Die EVP erkennt die Bedeutung einer erfolgreichen Umsetzung einer verantwortungsvollen und effizienten Politik gegenüber der Ukraine, Georgien und der

Republik Moldau für die Zukunft der EU und für den Aufbau eines europäischen Kontinents an, der „geeint, frei und in Frieden mit sich selbst“ ist.

14. Die EVP vertritt weiterhin die Auffassung, wie schon in der früheren Resolution zur langfristigen Unterstützung der Ukraine betont wurde, dass die EU einerseits und die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau andererseits mindestens ein Jahrzehnt brauchen werden, um sich auf die vereinbarten Beschlüsse zur EU-Beitrittsperspektive vorzubereiten. Die EVP erklärt es zu ihrem strategischen Ziel, alle Bemühungen in die erforderlichen Reformen und Vorbereitungen zu investieren, damit die Kopenhagener Kriterien von der Ukraine, Georgien und Moldau erfüllt werden können.

**Resolutionsentwurf Nr. 2 für den
EVP-Kongress am 7. und 8. November 2018 in Helsinki, Finnland, vorgelegt vom EVP
Präsidium**

**„Eine gerechtere Gesellschaft für eine wachsende Wirtschaft:
Eine zuversichtliche und florierende Mittelschicht wiederherstellen“**

Die Bezeichnung „Mittelschicht“ ist nicht einfach ein leeres politisches Schlagwort. Für die EVP geht es bei der „Mittelschicht“ um mehr als das Einkommensniveau, die soziale Klasse oder das Bildungsniveau. Es geht um all jene Menschen und Familien, die zum Wohle zukünftiger Generationen einen Beitrag zur Gesellschaft leisten und ihre lokalen Gemeinschaften verbessern wollen.

Ein Großteil der Debatte über die Stellung der „Mittelschicht“ konzentriert sich auf die Frage der Einkommensungleichheit. Dass aber populistische politische Bewegungen Wähler aus der „Mittelschicht“ gewinnen konnten, symbolisiert eine tiefergehende Unzufriedenheit – eine Unzufriedenheit und Angst, die ein wesentlich breiteres Fundament darstellen als sich durch wirtschaftliche Angaben abgrenzen ließe. Wir müssen diesen Menschen zeigen und ihnen versichern, dass ihre Interessen stets den Kernpunkt unserer Politik bilden, und dies auch in Zukunft so sein wird.

Die EVP ist fest entschlossen, sich den Anliegen der Mittelklasse zu widmen und sie in ihrem Glauben zu bestärken, dass sich ein höherer Lebensstandard erreichen lässt und bessere Chancen für ihre Kinder geschaffen werden können. Der Schwerpunkt unserer Politik liegt auf Arbeitsplatzsicherheit, Chancengleichheit und soziale Mobilität. Wir glauben daran, dass man durch harte Arbeit im Leben auch vorankommen sollte.

Neue Technologien, Geschäftspraktiken und die globale Vernetzung verändern unsere Arbeitsmärkte und Gesellschaften schneller als selbst noch vor einem Jahrzehnt für möglich gehalten wurde. Das sind entscheidende Triebkräfte für ein langfristiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die EVP erkennt jedoch an, dass das rasche Tempo dieser Veränderungen die Unsicherheit der arbeitenden Familien erhöht und ihre Ängste verstärkt hat. Die EVP ist entschlossen dafür zu sorgen, möglichst vielen Menschen die nötigen Fähigkeiten zu vermitteln, die es braucht, um sich an neuen Innovationen und Technologien beteiligen und davon profitieren zu können.

Um diesen realen Sorgen entgegenwirken zu können, erkennt die EVP an, dass wir eine breite Palette an sozioökonomischen Politiken benötigen, die die täglichen Herausforderungen, mit denen Millionen von „Mittelschicht“-Europäern konfrontiert sind, genau widerspiegeln.

1. „Wirtschaftspolitik ist Sozialpolitik“: Reale soziale Netzwerke für das digitale Zeitalter aufbauen

Sich für die soziale Marktwirtschaft einzusetzen bedeutet, dafür zu sorgen, dass unsere Gesellschaft und unsere lokalen Gemeinschaften entsprechend ausgestattet sind, um mit den Realitäten der heutigen Familien umgehen zu können. Das erfordert von allen Teilen der Gesellschaft einen Beitrag zur Schaffung von integrativen Volkswirtschaften, die für jeden – unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischem oder religiösem Hintergrund, Beruf oder Einkommen – funktionieren. Die EVP setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Europäische Säule sozialer Rechte den Rahmen zur Realisierung der Vorteile der sozialen Marktwirtschaft bietet. Wir unterstützen weiterhin einen Ansatz für soziale Rechte, der sich an der Überzeugung orientiert: „Wirtschaftspolitik ist Sozialpolitik und Sozialpolitik ist Wirtschaftspolitik. Man kann beides nicht voneinander trennen. Es braucht Maßnahmen, die beide gleichzeitig betreffen“.¹ In diesem Zusammenhang positioniert sich die EVP wie folgt:

- Die EVP erkennt an, dass mehr unternommen werden muss, um sicherzustellen, dass alle von der digital angetriebenen flexiblen Wirtschaft der Zukunft profitieren und Erfolg haben können.
- Die EVP erkennt an, dass die Sozialpolitik eine geteilte Zuständigkeit ist, und beteuert nochmals, dass bei allen Entscheidungen die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten.
- Die EVP erkennt an, dass die Sozialpolitik so bürgernah wie möglich beschlossen und umgesetzt werden sollte, damit die Politik im regionalen Kontext ihre Wirkung entfalten kann.
- Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf, der Entwicklung starker und dynamischer lokaler Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit sie als wirklich soziale Netzwerke fungieren können. Diese würden wiederum eine gesunde und nachhaltige gesellschaftliche Basis für weiteres wirtschaftliches Wachstum schaffen.

¹ EU-Kommissarin Thyssen, *Rede zur Europäischen Säule sozialer Rechte*, Plenardebatte des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Brüssel, 25. Januar 2017.

2. Das Beste für die Familien als Kern eines Modells für eine nachhaltige Work-Life-Balance

In dem Maße, wie Technologie und Globalisierung die Wirtschaft verändern, wird auch das heutige Arbeitsumfeld zunehmend fragmentierter, flexibler und mobiler. Diese Entwicklungen können jedoch das Stressniveau beträchtlich anheben, wenn moderne Familien – Doppelverdiener, Alleinverdiener oder Alleinerziehende – versuchen, das Familienleben mit den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt in Einklang zu bringen. Dieser Stress kann oft durch geschlechtsbedingte Ungleichheiten am Arbeitsmarkt noch verstärkt werden, obwohl junge Frauen eher einen höheren Bildungsgrad erlangen und junge Männer in akademischer Hinsicht übertreffen. Viele Frauen treten aus der erwerbstätigen Schicht aus, vor allem nach der Geburt eines Kindes. Dies spiegelt sich auch in den Gehaltsniveaus, der Altersvorsorge und der anteilmäßigen Vertretung unter den Führungskräften wider. Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen und demografischen Probleme, mit denen Europa konfrontiert ist, stellt dies eine erhebliche Herausforderung dar. Die EVP positioniert sich dazu wie folgt:

- Die EVP erkennt an, dass eine stärkere Beteiligung beider Geschlechter und Personen aller Altersgruppen am Arbeitsmarkt für die Wiederherstellung einer ambitionierten „Mittelschicht“ als Eckpfeiler einer dynamischen europäischen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist.
- Die EVP erkennt an, dass durch ein breiteres Angebot für Eltern und Betreuer bei der Organisation ihrer Arbeit und Betreuungsaufgaben berufstätige Familien unterstützt und bessere wirtschaftliche Ergebnisse erzielt werden können.
- Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf, die Entwicklung von einem „Mutterschaftsurlaub“ in einen „Elternurlaub“ zu unterstützen. Die Familienpolitik muss so gestaltet sein, dass beide Elternteile gleichbehandelt und nicht diskriminiert werden, und auch nicht für einen von beiden Anreize bestehen, den Arbeitsmarkt zu verlassen.
- Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf dafür Sorge zu tragen, dass Alleinerziehende bei der Familienpolitik und der Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt nicht diskriminiert werden dürfen.
- Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf, für Eltern mit Kleinkindern und Personen mit anderen Betreuungsaufgaben aktiv für flexible Arbeitsregelungen zu sorgen und diese zu fördern.

- Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf dafür zu sorgen, dass der Bildungsbedarf sowohl von Mädchen als auch von Jungen gedeckt wird, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Hochschulbildung zu verringern.
- Die EVP befürwortet die Umsetzung einer umfassenden Politik, in der die Bedingungen und Anreize zur Unterstützung von Familien gewährleistet sind.

3. Kinderbetreuung als Triebkraft für soziale Mobilität und wirtschaftliches Wachstum

Eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen ist für Europas Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Es ist zweifellos eine Tatsache, dass Länder mit mehr Gleichberechtigung eine bessere wirtschaftliche Entwicklung vorweisen können – sowohl weltweit als auch in Europa. In der gesamten EU stellt der Zugang zu erschwinglicher, flexibler und hochwertiger Kinderbetreuung ein zentrales Anliegen der Eltern dar. Die Kinderbetreuung zählt zu den Hauptursachen für die Überforderung der Eltern, ist ein Schlüsselement in der Debatte über die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und repräsentiert in vielen Ländern den wichtigsten Posten bei den finanziellen Ausgaben. Dies wird noch von der berechtigten Erwartung – vor allem der Frauen – untermauert, sich für eine Fortsetzung ihrer Karriere entscheiden zu dürfen, unabhängig davon, ob sie eine Familie gründen möchten oder nicht. Den Eltern die Möglichkeit der Nutzung von flexiblen Betreuungsmöglichkeiten zu bieten, ist eine Voraussetzung dafür, dass Familien soziale Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung erreichen können. Die EVP positioniert sich dazu wie folgt:

- Die EVP erkennt an, dass eine verstärkte Bereitstellung von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung einen großen Einfluss auf die Verbesserung der sozialen Mobilität haben kann, insbesondere für Familien mit geringem Einkommen. Das bringt wiederum eine Reihe von positiven wirtschaftlichen Ergebnissen mit sich, was die Beschäftigung und das spätere Einkommen betreffen.
- Die EVP unterstützt weitere Bemühungen um die Entwicklung umfassenderer Kinderbetreuungssysteme auf nationaler Ebene, wobei die Vorrechte der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Gestaltung, Struktur und Finanzierung dieser Systeme anerkannt werden.
- Die EVP bekräftigt nochmals, dass sie sich weiterhin dafür einsetzen wird, auf bewährte Verfahren bei Kinderbetreuungsmodellen hinzuweisen.

- Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf, den Zugang zu erschwinglicher und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung für Familien sicherzustellen und damit Eltern die Möglichkeit zu geben, Beruf und Familie vereinbaren zu können.
- Die EVP fordert die Mitgliedstaaten auf, bei den Kinderbetreuungssystemen für mehr Flexibilität zu sorgen, um den Eltern eine größtmögliche Auswahl zur Verfügung zu stellen, wenn es darum geht, ob, wann und wie sie diese Dienste in Anspruch nehmen können.